

Bürgermeister Dr. Storch eröffnet die 5. Sitzung des Rates der Gemeinde Eitorf und stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht ergangen ist. Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert er den RM Christoph Müller, Gabriele Kilian, Michael Droppelmann, Hans-Dieter Meeser und Bernd Thienel zum Geburtstag.

Anschließend verweist der Bürgermeister auf den als Tischvorlage zugeleiteten Antrag der CDU-Fraktion auf Erweiterung der Tagesordnung betr. Erlass einer Resolution gegen die geplante Erhöhung der Grunderwerbssteuer.

Herr Strausfeld schildert die Gründe für den Antrag und bezieht sich dabei auch auf eine Aussage von Herrn Liene in der letzten HA-Sitzung. Dieser habe gesagt, dass man als Gemeinde „fremdgesteuert“ sei. Dies sei nun in diesem Falle auch so. Die Erhöhung der Grunderwerbssteuer erschwere Zuzüge junger Familien. Dass der finanzpolitische Sprecher der Landes-SPD zurückgetreten sei, habe die CDU-Fraktion ebenso nachdenklich gestimmt, wie die von der SPD vor der Wahl getätigte Aussage, dass die Grunderwerbssteuer nicht erhöht werde.

Der Bürgermeister erklärt, dass er - völlig ungeachtet seiner Auffassung in der Sache – aus formellen Gründen einer Erweiterung der Tagesordnung nicht zustimmen werde, da dies keine Angelegenheit der Gemeinde sei.

Die Zuständigkeit des Rates sei begrenzt auf alle Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung. und findet dort ihre Grenzen, wo die Zuständigkeit bei einer anderen staatlichen Ebene wie Land, Bund oder EU liegt. Wenn die Tagesordnung erweitert und ein Beschluss in der Sache gefasst würde, sei er schweren Herzens gezwungen, diesen zu beanstanden.

Anschließend beantragt Herr Scholz, den TOP 10 im nichtöffentlichen Sitzungsteil (Vergabe Planung Integriertes Handlungskonzept) von der Tagesordnung zu nehmen. Die Vorlage sei sehr kurzfristig zugegangen und man habe sich nicht in ausreichendem Maße vorbereiten können.

Der Bürgermeister verweist kurz auf die Notwendigkeit, in der Sache baldmöglichst eine Entscheidung zu treffen. Anschließend lässt er über beide Anträge zur Tagesordnung abstimmen.